

Solothurn, 19. März 2014

Finanzdepartement
Departementssekretariat
Rechtsdienst
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn

Vernehmlassung zum Gesetz über die Einwohnerregister- und Stimmregisterplattform

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn danken Ihnen für die Gelegenheit, zum „Gesetz über die Einwohnerregister- und Stimmregisterplattform (GESP)“ eine Stellungnahme einreichen zu dürfen.

Wir begrüssen die in der Vorlage umschriebene Gesetzesvorlage im Grundsatz. Die Vorlage entspricht einem aktuellen Bedürfnis und nimmt die heutigen technischen Möglichkeiten moderner Kommunikationswege auf. Mithin weist die Vorlage etliche Vorteile auf. Namentlich verspricht sie mehr Effizienz und kostengünstigere sowie einfachere Verfahrensabläufe. In der Umsetzung ist unseres Erachtens anzustreben, dass individuelle, teure Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Systeme möglichst vermieden werden.

Wir begrüssen zudem die Möglichkeit, dass ein weiterer Ausbau bedarfsgerecht und gestaffelt erfolgen kann und die Beschaffungskosten durch die damit verbundenen Einsparungen zeitnah abgedeckt werden können. Ein Vorteil ist bestimmt auch die Eliminierung von Fehlerquellen, indem bei der Datenübermittlung kein Medienbruch mehr vorkommen soll. Im Zusammenhang mit der geplanten Ausdehnung der Stimmregisterplattform begrüssen wir es überdies ausdrücklich, dass die Gemeinden jeweils selber entscheiden können, ob und wann sie den Stimmberechtigten die elektronische Stimmabgabe zur Verfügung stellen wollen.

Nichtsdestotrotz ist aber der Finger auf einige unseres Erachtens wichtige Punkte zu legen. So besteht zumindest latent die Gefahr des „gläsernen Bürgers“. Wohl besteht ein Informationssicherheits- und Datenschutzkonzept, das in einem mehrstufigen Prozess die Überprüfung der Zugriffsrechte sicherstellen soll. Wir sind der Auffassung, dass der Zugriff nur soweit erteilt werden soll, als unbedingt nötig. Bei einem weiteren Ausbau ist eine Interessenabwägung zwischen den Bedürfnissen der involvierten Behörden und dem Informations- und Datenschutz der betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern vorzunehmen. Wir gehen davon aus, dass in geeigneter Form über den weiteren Ausbau, Betrieb und Erfahrungen informiert wird und gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen werden. Im Zusammenhang mit dem

Informations- und Datenschutz begrüßen wir es, dass die Daten weiterhin im Besitz der Gemeinden bleiben (Datenhoheit).

Durch die Automatisierung des Datenaustausches zwischen den verschiedenen Datenregistern werden, wie in der Vorlage ausgeführt, mittelfristig personelle und finanzielle Einsparungen möglich sein. Wir geben zu bedenken, dass personelle Einsparungen insbesondere in Bereichen anfallen werden, in denen eher minderqualifiziertes Personal beschäftigt wird. Für die in diesem Bereich arbeitenden Personen ist es voraussichtlich schwierig, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass anlässlich der Umsetzung angemessene Lösungen gefunden werden und sich dadurch Härtefälle vermeiden lassen.

Abschliessend halten wir fest, dass wir die Vorlage über das „Gesetz über die Einwohnerregister- und Stimmregisterplattform“ unter Vorbehalt der vorstehenden Ausführungen grundsätzlich begrüßen. Wir behalten uns jedoch vor, anlässlich der parlamentarischen Beratungen allfällige Änderungen vorzunehmen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn
Der Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Scheuermeyer', written in a cursive style.

Christian Scheuermeyer